

Gemeinsame Stellungnahme zu den „Corona-Spaziergängen“ in der Stadt Marburg

Seit zwei Jahren stellt uns die Corona-Pandemie vor große Herausforderungen: Besonders Familien, Studierende, Kinder und Jugendliche, aber auch ältere Menschen und weitere vulnerable Gruppen sind von den Einschränkungen des täglichen Lebens betroffen. Kulturschaffenden, gastronomischen Betrieben, dem Einzelhandel und vielen anderen Branchen geht es an die Existenz. In Kliniken und Pflegeheimen gehen Ärzt*innen sowie das Gesundheits- und Pflegepersonal täglich bis an ihre Grenzen und darüber hinaus, um an COVID-19 Erkrankten zu helfen und den regulären Betrieb weiter aufrecht zu erhalten.

Die Pandemie beeinträchtigt den Alltag von uns allen und verlangt uns viel ab. In dieser Zeit zählen Zusammenhalt, Achtsamkeit und Solidarität, aber auch Nachsicht, Umsicht und Geduld. Denn auch wenn sich nicht jeder bislang beschrittene Weg tatsächlich als zielführend erweist: Die politisch Verantwortlichen versuchen auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, das Beste zu tun, gesundheitlichen Schaden von den Menschen abzuwenden und dabei Wirtschaft, Handel und Kultur gut durch die Krise zu bringen. Selbstverständlich müssen wir in Politik und Gesellschaft weiterhin übergreifend miteinander diskutieren und gemeinsam den besten Weg suchen, um möglichst gut und in absehbarer Zeit aus dieser Pandemie herauszukommen.

Die Versammlungsfreiheit ist ein essentieller Teil unserer Demokratie, für den die unterzeichnenden Parteien jederzeit einstehen. Demokratische Spielregeln mit unangemeldeten „Corona-Spaziergängen“ zu umgehen und Infektionsschutzregelungen bewusst zu ignorieren, überschreitet jedoch eine Grenze, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den notwendigen Gesundheitsschutz der Bevölkerung, der ebenso eines der verbrieften Rechte im Grundgesetz ist. Mit Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung hat ein solches Verhalten nichts mehr zu tun.

Wir haben Verständnis für diejenigen, die Fragen zur Schutzimpfung haben, sich immer noch unsicher sind, sich aber durch Einhaltung von Maskenpflicht, Abstands- und Testgeboten solidarisch an der Pandemiebekämpfung beteiligen. Wir akzeptieren nicht, dass Rechtsextreme und Verschwörungsideolog*innen die Unsicherheit der Menschen für ihre Zwecke instrumentalisieren und stellen uns diesen demokratiefeindlichen Tendenzen entschieden entgegen.

Wir fordern die Teilnehmenden der „Spaziergänge“ auf, genau hinzuschauen, mit wem sie bei einer nicht angemeldeten Demonstration „spazieren gehen“ und ob sie die offensichtlich antidemokratischen Werte und unsolidarischen Haltungen der Initiator*innen wirklich teilen. Denn hier geht es nicht um Frieden, Freiheit oder gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern um das komplette Gegenteil. Wir rufen die Einwohner*innen Marburgs zu einem friedlichen Miteinander auf, zu Dialog und Austausch. Wir verurteilen Hass, Hetze und Gewalt.

Lassen Sie uns als Stadtgesellschaft weiter zusammenhalten und solidarisch füreinander einstehen!

